



Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die Beiräte im Bundesverband evangelische Behindertenhilfe e.V. (BeB) gratulieren Ihnen herzlich zu Ihrer Wahl für den Deutschen Bundestag.

Wir freuen uns darüber, dass Sie im Ergebnispapier zu den Sondierungen viele wichtige Problemfelder aufgreifen, die auch Menschen mit Behinderung und ihre Familien betreffen. Wir freuen uns besonders darüber, dass Sie die verbesserte und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung im Bereich Arbeit, Wohnen, Alltag und Digitalität explizit als ein zentrales Ziel ihrer künftigen Regierungsarbeit benennen.

Für die Koalitionsverhandlungen wünschen wir Ihnen gutes Gelingen. Wir hoffen sehr, dass die von Ihnen benannten Ziele im Koalitionsvertrag konkretisiert werden, und sich die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung und ihrer Familien in der nächsten Legislatur mit Ihrem Engagement maßgeblich verbessert.

Vor dem Hintergrund unserer eigenen Erfahrungen und der vielfältigen Kontakte zu Selbstvertreter*innen und Angehörigen und rechtlichen Betreuer*innen, insbesondere von Menschen mit Lernschwierigkeiten, psychischer Erkrankung und hohem Unterstützungsbedarf im gesamten Bundesgebiet, halten wir folgende Punkte für besonders bedeutsam und hoffen sehr, dass sie Eingang finden in den Koalitionsvertrag:

- Ein zentrales Problem ist der Personal- und Fachkräftemangel, von dem in besonderem Maß Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf betroffen sind. Der Qualifikationsbedarf ist hier besonders hoch, die Arbeitsbedingungen aber z.B. durch Schichtdienst besonders unattraktiv. Deshalb kommt es bei ohnehin viel zu knapp bemessenen Personalschlüsseln dazu, dass viele offene Stelle nicht besetzt werden können und für diese Menschen, in der Konsequenz, zu massiven Einschränkungen der Lebensqualität. Die Anzahl von Mitarbeitenden muss in diesem Bereich drastisch erhöht werden. Dies kann aber nur gelingen, wenn eine gute Bezahlung und die Übernahme der Ausbildungskosten erfolgt. Insgesamt muss der Beruf der Heilerziehungspfleger*innen eine höhere Akzeptanz und Anerkennung erfahren, um viele Menschen hierfür zu interessieren. Die Kampagnen für Pflegekräfte und Erzieher*innen müssen unbedingt ergänzt werden um den für die Assistenz von Menschen mit Behinderung zentralen Beruf der Heilerziehungspfleger*innen.
- Im Bereich der Arbeit geht es um einen inklusiven Arbeitsmarkt, bessere Übergangsmöglichkeiten, die Anerkennung der Leistungen von Menschen mit Beeinträchtigung für unsere Gesellschaft u.a. durch gerechte Werkstattentgelte. Es geht uns aber auch darum, dass endlich das Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Tätigkeit aus dem BTHG gestrichen wird. Das Mindestmaß ist nirgendwo definiert, auch weil es nicht definierbar ist. Es ist zutiefst diskriminierend, auch weil es Mitbürger*innen den Zugang zu beruflicher Qualifizierung und sozialversicherungspflichtigen Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen verwehrt.
- Die Corona-Pandemie hat besonders deutlich gemacht, wie wichtig tagesaktuelle Informationen für alle Bürger*innen sind. Viele Mitbürger*innen brauchen gut verständliche Informationen in Leichter Sprache für Teilhabe und Partizipation. Leichte Sprache muss deshalb, wie die Gebärdensprache, als Sprache anerkannt und gesetzlich verankert werden. Tagesaktuelle Infos müssen im öffentlich rechtlichen Bereich zudem endlich barrierefrei abrufbar sein, z.B. durch einen zweiten Kanal mit einer Simultanübersetzung in Leichter Sprache bei „Tagesschau“ und „Heute“.
- Corona-bedingt erfolgt die Umsetzung des BTHG vielerorts äußerst schleppend. Die mit dem Gesetz versprochene Verbesserung der Teilhabesituation ist gerade für viele Menschen mit Lernschwierigkeiten, psychischer Erkrankung und hohem Unterstützungsbedarf kaum wahrnehmbar. Wahrnehmbar stattdessen: extrem viel Bürokratie und Verunsicherung, die selbstbestimmte Teilhabe behindert. Wir fordern dazu auf, dass das BTHG so umgesetzt wird, dass die Leistungen tatsächlich bei den Menschen ankommen und nicht in sich weiter aufblühenden Verwaltungen und ihren Verfahren bei Leistungsträgern und

Beirat der Angehörigen und gesetzlichen BetreuerInnen im BeB

Beiratsmitglieder: Marion Linder (Vorsitzende), Rolf Winkelmann (stellv. Vorsitzender), Wolfgang Hamberger, Regina Hamel, Matthäus Hirscher, Wilfried Weyl (Schriftführer), Heidrun Schrader

Beirat der Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung im BeB

Beiratsmitglieder: Karsten Isaack (Vorsitzender), Sachsen – Anhalt, Sabine Künzer (stellv. Vorsitzender), Bayern, Ines-Sophie Bachmann, Niedersachsen, Claudia Thiele, Sachsen, Sascha Jansen, Niedersachsen, Rene Menk, Rheinland-Pfalz, Friedemann Pröschild, Brandenburg, Carsten Wiegel, Nordrhein Westfalen, Michael Proske, Brandenburg

Leistungserbringern versacken. Wir halten es zudem für unbedingt notwendig, dass im föderalen System bundesweit gleichwertige Lebensverhältnisse auch für Menschen mit Behinderung und ihre Familien verwirklicht werden.

Gerne weisen wir Sie auf die Wahlforderungen, die vom BeB und seinen Beiräten erarbeitet wurden hin, mit denen weitere Herausforderungen detailliert und lebensweltnah benannt sind. Sie befinden sich auf der BeB-Webseite www.beb-ev.de.

Diesem Schreiben ist zudem unsere aktualisierte Fuldaer Erklärung, zur Umsetzung des BTHG, beigefügt.

Wir bitten Sie, diese Punkte auf jeden Fall zu berücksichtigen und stehen jederzeit für persönliche Gespräche zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Marion Linder
Vorsitzende Beirat der Angehörigen
und rechtlichen Betreuer*innen im BeB

Rolf Winkelmann
stellv. Vorsitzender Beirat der Angehörigen
und rechtlichen Betreuer*innen im BeB

Karsten Isaack
Vorsitzender Beirat der Menschen mit
Behinderung oder psychischer Erkrankung
im BeB

Sabine Künzner
stellv. Vorsitzende Beirat der Menschen mit
Behinderung oder psychischer Erkrankung
im BeB

Beirat der Angehörigen und gesetzlichen BetreuerInnen im BeB

Beiratsmitglieder: Marion Linder (Vorsitzende), Baden-Württemberg, Rolf Winkelmann (Stellv. Vorsitzender), NRW, Wolfgang Hamberger (Schriftführer), Bayern, Marianne Vogt, Thüringen, Hans-Werner Horn, Berlin, Wilfried Weyl, Hessen, Heidrun Schrader, Niedersachsen

Beirat der Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung im BeB

Beiratsmitglieder: Karsten Isaack (Vorsitzender), Sachsen – Anhalt, Sabine Künzner (stellv. Vorsitzender), Bayern, Ines-Sophie Bachmann, Niedersachsen, Claudia Thiele, Sachsen, Sascha Jansen, Niedersachsen, Rene Menk, Rheinland-Pfalz, Friedemann Pröschild, Brandenburg, Carsten Wiegel, Nordrhein Westfalen, Michael Proske, Brandenburg